



Pressemitteilung

Christfried Dornis
Leitung

Tilman Wörtz
Themen- und Medienscout

Telefon +49 7071 29-78622
tilman.woertz[at]uni-tuebingen.de

presse[at]uni-tuebingen.de
www.uni-tuebingen.de/aktuell

Bürgerrat empfiehlt bürgernahe KI-Forschung

Sichere Datenspenden ermöglichen, Sammelstelle für Vorschläge zur KI-Forschung – Wissenschaftsministerin von Baden-Württemberg Petra Olschowski nimmt Empfehlungen entgegen

Tübingen, den 10.03.2025

Der Bürgerrat „KI und Freiheit“ hat am Montag neun Empfehlungen ausgesprochen wie Bürgerinnen und Bürger besser bei der öffentlich geförderten Erforschung und Entwicklung von künstlicher Intelligenz (KI) beteiligt werden können. Der Rat übergab seine Empfehlungen im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Stuttgart an Ministerin Petra Olschowski.

Unter anderem empfiehlt der Rat die Schaffung von sicherer Infrastruktur für leichtere Datenspenden, eine Sammelstelle für Vorschläge zur KI-Forschung und eine bessere Vernetzung von Ärztinnen, Patienten und Forschenden mithilfe von künstlicher Intelligenz. Bei Fragen der Verkehrspolitik in Verbindung mit Anwendungen künstlicher Intelligenz empfehlen die Bürgerinnen und Bürger die Einrichtung eines ständigen Bürgerrats. Er könne dabei helfen, die Sicherheit von Radwegen zu erhöhen und CO₂-Emissionen im Straßenverkehr zu senken.

„Künstliche Intelligenz verändert unsere Lebenswelt. Deshalb ist es wichtig, Bürgerinnen und Bürger in diesem Transformationsprozess mitzunehmen und zu beteiligen. Der Bürgerrat ‚KI und Freiheit‘ der Universität Tübingen leistet hierbei Pionierarbeit“, sagte Wissenschaftsministerin Petra Olschowski. „Die zufällig ausgelosten Mitglieder aus dem Land kommen mit Forschenden ins Gespräch und haben die Chance, ihre individuelle Perspektive einzubringen. Ich danke den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Engagement: Ihre Empfehlungen geben nicht nur wichtige Impulse für die KI-Forschung und -Entwicklung, sie fördern auch die gesellschaftliche Diskussion.“

„Forschungsergebnisse und technologische Entwicklungen beeinflussen das Leben aller Bürgerinnen und Bürger. Deshalb sollten deren Interessen, Bedürfnisse und Perspektiven frühzeitig berücksichtigt werden“,

sagte Professorin Dr. Dr. h.c. (Dōshisha) Karla Pollmann, Rektorin der Universität Tübingen. Ein Rat von Bürgerinnen und Bürgern sei dafür ein effektives Mittel, um im Austausch gemeinsam an den besten Lösungen zu arbeiten und auch Vorschläge zur Umsetzung zu erarbeiten.

Der Bürgerrat wird seine Empfehlungen auch an das Exzellenzcluster „Maschinelles Lernen für die Wissenschaft“ der Universität Tübingen und an das Public Advisory Board des Cyber Valley übergeben. Im Cyber Valley koordinieren sich Forschungseinrichtungen, Unternehmen und öffentliche Stellen, die in Stuttgart, Tübingen und Karlsruhe in der KI-Forschung tätig sind. Es ist der größte Verbund dieser Art in Europa.

Die Empfehlungen im Einzelnen:

Transparentere Vermittlung von KI-Forschung in klarer Sprache und geeigneten Formen (Webseiten, KI-Messen, Diskussionsrunden, Tage der offenen Tür, etc.)

Aufbau von Infrastruktur für sichere Datenspenden von Bürger:innen und Patient:innen; Überprüfung des ethischen Umgangs mit den Datenspenden durch gewählte Kontrollorgane

Einrichtung einer Sammelstelle für Vorschläge zur KI-Forschung durch Bürger:innen (Quorum für Vorschläge, Prüfung durch Expert:innen) sowie öffentliche Mittel zur Umsetzung dieser Vorschläge

Hoher Stellenwert für Forschung zu „KI in den Medien“ und deren gesellschaftlichen Folgen; hoher Stellenwert für KI-Forschung im Gesundheitsbereich und gesellschaftlicher Prioritäten bei der Auswahl der Forschungsthemen

Maßnahmen (wie Werbespots, Ärzt:innengespräche, Events), die Bürger:innen das Potential von Spenden ihrer anonymisierten Gesundheitsdaten an die KI-Forschung nahebringen und sie befähigen, selbstverantwortliche Entscheidungen zu treffen

Bessere Vernetzung zwischen KI-Forschenden, Patient:innen und Hausärzt:innen

Erleichterung von Datenspenden zur Erforschung von Problemen im Verkehr und ÖPNV

Einberufung dauerhafter Bürger:innen-Räte zur Beratung der KI-Forschung bei Verkehrsthemen wie beispielsweise autonomem Fahren, mehr Sicherheit auf Radwegen, der Reduktion von CO₂ und Feinstaub oder mehr Transportkapazitäten im ÖPNV

Transparente Kommunikation von Unsicherheiten bei KI-Anwendungen speziell im Verkehrs- und Gesundheitssektor, um kein falsches Sicherheitsgefühl zu vermitteln

Das Zentrum für rhetorische Wissenschaftskommunikationsforschung zur Künstlichen Intelligenz (RHET AI Center) der Universität Tübingen unter der Leitung von Prof. Dr. Kramer hatte den Bürgerrat im Januar 2024 initiiert. Der Verein Mehr Demokratie e.V. und eine interdisziplinär besetzte wissenschaftliche Begleitgruppe berieten den Prozess. Finanziert wurde das Projekt aus Mitteln der Exzellenzstrategie der Universität Tübingen und der VolkswagenStiftung. Den Bürgerinnen und Bürgern wurden die Fahrtkosten erstattet und sie erhielten eine Aufwandspauschale pro Sitzung.

Der Bürgerrat bestand aus vierzig Bürgerinnen und Bürger, die nach einem Zufallsverfahren aus vier Kommunen unterschiedlicher Größe berufen wurden: Reutlingen repräsentierte im Sample eine Großstadt, Waiblingen eine Mittelstadt, Hemsbach eine Kleinstadt und Kleines Wiesental ein Dorf. Die Kommunen gehören jeweils zu einem Regierungsbezirk in Baden-Württemberg und liegen sowohl in urbanen als auch ländlichen Räumen. Das Verfahren stellte sicher, dass Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichen Altersgruppen, mit und ohne Migrationshintergrund sowie mit unterschiedlichem Bildungsgrad von der Hauptschule bis zum abgeschlossenen Studium vertreten waren.

In vier Sitzungen berieten sich die Bürgerinnen und Bürger. Sie sprachen auch mit Ethikern, KI-Expertinnen und -Anwendern. Die erste Sitzung fand Ende September 2024 statt, die letzte im Dezember. Zu den Themen Medizin, Verkehr und Medien bildeten die Bürgerinnen und Bürger eigene Arbeitsgruppen, die spezielle Empfehlungen erstellten und wiederum im Plenum diskutierten und abstimzten. Anschließend schrieb ein Redaktions-Team aus dem Bürgerrat die finale Fassung der Empfehlungen.

„Das große Engagement der Bürgerinnen und Bürger während der Diskussionen im Bürgerrat zeigt, wie sehr das Thema Künstliche Intelligenz die Menschen umtreibt. In Anbetracht der gesellschaftlichen Veränderungen, die durch Künstliche Intelligenz ausgelöst werden, ist ein transparenter und dialogorientierter Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft unerlässlich“, so Olaf Kramer, der Sprecher des RHET AI Centers.

Die Umsetzung der Ideen steht dem Ministerium, dem Exzellenz-Cluster Maschinelles Lernen in der Wissenschaft“ und dem Cyber Valley sowie weiteren Akteuren, die angesprochen werden, frei. Ergebnisse des Bürgerrats sind auf der Webseite des Projekts www.buergerrat-ki.de dokumentiert und werden weiter fortgeschrieben.



Bürger:innen-Rat „Freiheit und KI“

Foto: Wolfram Scheible / Universität Tübingen



Bürger:innen-Rat „KI und Freiheit“

Foto: Universität Tübingen

Weitere Hintergründe unter: www.buergerrat-ki.de

Kontakt:

Patrick Klügel
 Universität Tübingen
 Public Engagement Manager
 Universität Tübingen – Dezernat Forschung, Exzellenzstrategie / RHET AI
 Telefon +49 7071 29-75570
[patrick.kluegel\[at\]uni-tuebingen.de](mailto:patrick.kluegel[at]uni-tuebingen.de)

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Ministerium für Wissenschaft,
Forschung und Kunst Baden-Württemberg

Tel +49 (711) 279-3047

[pressestelle\(at\)mwk.bwl.de](mailto:pressestelle(at)mwk.bwl.de)